

## Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

**Blockpolitik und Blockparteien**

Verstärkt in die öffentliche Aufmerksamkeit sind in jüngster Zeit die **Blockparteien** geraten. So wurden jene Parteien bezeichnet, die sich am 14. Juli 1945 in der sowjetischen Besatzungszone im „antifaschistisch-demokratischen Block“ zusammenschlossen. Dazu zählten die Christlich Demokratische Union (Deutschlands) CDU(D), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) sowie die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP, später LDPD). Jeweils nach ihrer Gründung im April bzw. Mai 1948 stießen die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) sowie die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) dazu. Die **Blockpolitik** war durch die Zusammenarbeit zwischen der SED, die aus der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) am 21./22. April 1946 hervorgegangen war, und den mit ihr „befreundeten“ Parteien sowie ausgewählten Massenorganisationen (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund FDGB, Freie Deutsche Jugend FDJ, Demokratischer Frauenbund Deutschlands DFD, Kulturbund und Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe) gekennzeichnet. Die Blockpolitik war das wichtigste Element der SED-Bündnispolitik.

Bereits in den 1930er Jahren hatte die Kommunistische Internationale (Komintern) angesichts der sich konsolidierenden Herrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland eine Parteigrenzen übergreifende Bündnispolitik angeregt, die auf den Sturz der NS-Diktatur hinarbeiten sollte. Insbesondere die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) drängte auf eine solche Zusammenarbeit. Die KPD passte sich dieser Taktik an. Die Konstituierung einer **Volksfront** bildete den Kern des noch im Moskauer Exil von der KPD entwickelten Konzepts für den politischen Neubeginn in Deutschland nach dem Krieg. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) drängte auf eine Kooperation mit den sich in Gründung befindenden übrigen Parteien. Sie erhoffte sich durch eine Wiedergründung der Parteien in Berlin, das zu diesem Zeitpunkt noch vollständig von der Roten Armee kontrolliert wurde, und deren rasche Einbindung in eine Volksfront Einfluss auf ein zukünftiges gesamtdeutsches Parteiensystem nehmen zu können. Die Berliner Sozialdemokraten hatten im Frühjahr 1945 zunächst positiv auf das Kooperationsangebot der KPD reagiert. Unter dem Eindruck der wirtschaftlichen und sozialen Lage erklärten sich auch die Gründungsinitiatoren von CDU und LDP bereit, einem Block beizutreten. Daraufhin wurden CDU und LDP am 10. Juli 1945 mit Befehl Nr. 2 der SMAD zugelassen, ebenso wie KPD und SPD. Diese vier Parteien kanalisiert unter Ausschluss der Rechten die politischen Grundströmungen und sozialen Bewegungen in der sowjetischen Besatzungszone.

Bis 1950 sollte sich der Charakter der Zusammenarbeit grundlegend ändern, der von Beginn an von Konflikten und dem Umstand gekennzeichnet war, dass die KPD die anderen Parteien eher als Gegner denn als Partner betrachtete. Nach Gründung der SED verschob sich das Gleichgewicht innerhalb des Blocks zu deren Gunsten. Ab Mitte 1948 setzte die SED ihren Führungsanspruch auch gegenüber der CDU und der LDPD schrittweise durch und erklärte ihre Politik zur Richtlinie der Blockpolitik. Die beiden ehemals unabhängigen Parteien CDU und LDPD wurden so faktisch zu von der SED abhängigen Organisationen herabgestuft, weshalb der Begriff „Blockpartei“ sowohl in großen Teilen der DDR-Bevölkerung als auch in fast allen Kreisen der Politik und

Nr. 04/09 (16. Januar 2009)

Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland zum Synonym für eine von der SED abhängige Organisation wurde. **Wichtigste Aufgabe** der Blockparteien im Parteiensystem der DDR war, über eine Mitgliedschaft mehr Bürger der DDR an die eigene Politik zu binden, „**Transmissionsriemen**“ für die SED-Politik zu sein, um der DDR-Gesellschaft ein scheindemokratisches Aussehen zu geben. Handlungsspielräume und Karrierechancen jenseits der SED waren Mitgliedern der Blockparteien in bescheidenem Rahmen möglich, doch letztlich stabilisierten die Blockparteien das Regime. Bei ihrer Wiedergründung im Sommer 1945 war die **SPD** mit der programmatischen Formel angetreten, „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft“ umzusetzen. In ihren Zielen und programmatischen Aussagen war die SPD in der unmittelbaren Nachkriegszeit in hohem Maße von marxistischen Vorstellungen geprägt. Sie zielte auf die „organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterklasse“, von der sie sich eine Eingliederung der Kommunisten in eine demokratisch-sozialistische Partei versprach. CDUD und LDPD verstanden sich als Opponenten zu KPD und SPD.

Die **CDUD**, deren Gründungsvorsitzender **Andreas Hermes** von der SMAD abgesetzt worden war, propagierte unter **Jakob Kaiser** einen „Sozialismus unter christlicher Verantwortung“. Kaiser, der 1947 – ebenso wie **Ernst Lemmer**, ebenfalls Vorsitzender der CDUD – von der SMAD abgesetzt wurde, hatte gehofft, mit dieser Losung auch unter den Arbeitern Mitglieder werben zu können. Ab Oktober 1952 waren dann „Treue zum Sozialismus, kameradschaftliches Zusammenwirken mit der Partei der Arbeiterklasse, feste Freundschaft mit der Sowjetunion“ Kernpunkte der Arbeit der CDUD. Ihr Führungsgremium wurde zur Erfüllungsgehilfin der SED. Bis zum Herbst 1989 bestand die Aufgabe der Partei im Rahmen der Blockpolitik darin, christlich orientierten Bürgern die Politik der SED nahe zu bringen und sie über eine Mitarbeit in der CDU an diese Politik zu binden. Führungsposten wurden nur noch an regimetreue Funktionäre vergeben. An der Parteispitze stand von 1966 bis zum 02. November 1989 **Gerald Götting**.

Die **Gründung der LDPD** ging aus einer Initiative ehemaliger Mitglieder der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) hervor, die beabsichtigten, an die Traditionen des Linksliberalismus der Weimarer Republik anzuknüpfen. Ihrem Selbstverständnis nach war die LDPD anfangs eine „nichtsozialistische“ liberale Volkspartei, die mit einem gesamtdeutschen Anspruch antrat und die zeitweilig als einzige Partei auch von Parteimitgliedern über alle Besatzungszonengrenzen hinweg getragen wurde. Im Parteiengefüge der SBZ galt sie als Rechtspartei. 1952 gab die LDPD ihre Zustimmung zum „Aufbau des Sozialismus“ und erkannte den „Führungsanspruch“ der SED an, als deren „treuer Bündnispartner“ sie insbesondere für Handwerker und Gewerbetreibende „Transmissionsriemen“ der Regierungspartei war. **Manfred Gerlach**, Parteivorsitzender seit 1967, unterstützte 1972 die Enteignung der letzten Privatunternehmen durch die SED. Die LDPD war jedoch die einzige Blockpartei, die mehr oder weniger offiziell Kontakte zu einer Partei der Bundesrepublik Deutschland unterhielt, nämlich zur FDP.

Die **DBD** war zwar mit dem Ziel gegründet worden, die Interessen der Klein-, Mittel- und vor allem Neubauern zu vertreten. Tatsächlich bestand ihre Aufgabe aber darin, der SED als loyaler Partner bei der Durchsetzung ihrer Agrar- und Bauernpolitik zur Verfügung stehen. Insbesondere war die DBD ab 1950 an der Kollektivierung der Landwirtschaft beteiligt, im September 1952 bekannte sie sich zum „Aufbau des Sozialismus“. 1963 übernahm die Partei aufgrund des Drucks, der auf ihre Funktionäre ausgeübt wurde, das Parteiprogramm der SED. Von da an verfolgte die DBD keine eigenen Ziele mehr. Eigene Parteiarbeit war ihr politisch und ökonomisch nur noch in einem sehr eingegengten Rahmen möglich.

Die **Gründung der NDPD** vollzog sich unter maßgeblicher Beteiligung führender SED-Funktionäre. Mit Befehl Nr. 5 der SMAD war ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und Offizieren politische Betätigung wieder erlaubt. Auf sie und auf den Mittelstand zielte die NDPD, die sich mit ihrer Gründung dem Führungsanspruch der SED unterwarf. Auch hatte sich die SED organisatorisch, publizistisch und finanziell massiv an der Gründung der NDPD beteiligt. Da man auf die gleiche mittelständische Klientel zielte, befand sich die NDPD Zeit ihres Bestehens in einer latenten Konkurrenz zur LDPD.

Weiterführende Literatur:

- Eppelmann, Rainer/Möller, Horst/Mooke, Günter/Wilms, Dorothee (Hrsg.) (1997), Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, 2. aktualisierte und erw. Aufl., Bd. 1: A-M, Paderborn u. a.: Schöningh
- Faulenbach, Bernd/Potthoff, Heinrich (Hrsg.) (1997), Sozialdemokraten und Kommunisten nach Nationalsozialismus und Krieg. Zur historischen Einordnung der Zwangsvereinigung, Essen: Klartext-Verlag
- Lapp, Peter Joachim (1998), Ausverkauf. Das Ende der Blockparteien, Berlin: Edition Ost
- Schroeder, Klaus (1998), Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung.
- Alexander Fischer (Hrsg.) (2004), Ploetz. Die Deutsche Demokratische Republik. Daten, Fakten, Analysen, akt. von Friedemann Bedürftig, Köln: Komet.

Verfasser/in: RR'n z.A. Dr. Jana Leichsenring, Fachbereich WD 1, Geschichte, Zeitgeschichte und Politik